
Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Unterkünfte für die protestierenden Flüchtlinge finden

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, für die im Refugee-Protestcamp auf dem Oranienplatz und in der Gerhard-Hauptmann-Schule in Berlin Kreuzberg lebenden Flüchtlinge eine Unterkunft in Berlin zur Verfügung zu stellen. Hierzu soll auch das Portfolio des Liegenschaftsfonds und der Berliner Immobilienmanagement (BIM) herangezogen werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. November 2013 zu berichten.

Begründung:

In Kreuzberg leben zur Zeit ca. 300 protestierende geflüchtete Menschen auf dem Oranienplatz bzw. in der bis zur Besetzung leerstehenden Gerhard-Hauptmann-Schule. Die Zustände sind in beiden Unterkünften problematisch und die Situation könnte sich durch den nahenden Winter dramatisch verschärfen. Berlin muss hier seine Verantwortung wahrnehmen und die geflüchteten Menschen auch menschenwürdig unterbringen.

Seit März 2012 protestieren Flüchtlinge in ganz Deutschland gegen die deutsche und europäische Asylpolitik. Im Zuge dieser Proteste schlossen sich einige Flüchtlinge zu einem Protestmarsch nach Berlin zusammen. Sie kamen Anfang Oktober in Berlin Kreuzberg an und errichteten am Oranienplatz ein Protestcamp. Nachdem ein weiteres Protestcamp am Brandenburger Tor abgebrochen wurde, zogen einige Flüchtlinge im Dezember 2012 zudem in die bis dahin leerstehende Gerhard-Hauptmann-Schule in Kreuzberg.

Die protestierenden Flüchtlinge setzten sich gegen Abschiebung, Residenzpflicht, Lagerunterbringung und Arbeitsverbote für Flüchtlinge ein. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg unterstützt die Forderungen und den Protest der Flüchtlinge. Von Seiten der Bundes- und Landesregierung blieb ein Entgegenkommen jedoch bis heute aus. Daher setzten die Flüchtlinge ihren Protest weiter fort.

In Anbetracht des bevorstehenden Winters, gestaltet sich das Leben im Camp und in der ehemaligen Schule aber immer schwieriger. Die Zelte am Oranienplatz schützen nicht ausreichend vor der bevorstehenden Kälte. Auch die Zustände in der Gerhard-Hauptmann-Schule sind unbefriedigend, da die Schule zu klein ist und zum längeren Wohnen von Menschen nicht geeignet. Bei Wintereinbruch wären die Menschen an Gesundheit und Leben gefährdet. Daher ist umgehend eine Lösung durch das Land Berlin vonnöten.

Berlin muss in Anbetracht dieser problematischen Zustände, nach Lösungen suchen. Es kann die Flüchtlinge nicht im Winter ohne jegliche staatliche Unterstützung allein lassen, sondern muss eine Unterkunft finden, die ausreichend vor der bevorstehenden Kälte schützt und von der Größe und den Lebensbedingungen her angemessen ist.

Berlin, den 10. Oktober 2013

Pop Kapek Bayram
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen